

2,78 Millionen Kantonsbeitrag für Bahnhofplatz Herisau

Einstimmig für «schlüssige» Kostenverteilung

Der Ausserrhoder Kantonsrat hat am Montag einen Kantonsbeitrag von 2,78 Millionen Franken für den Bahnhofplatz mit Bushof Herisau mit 60 Ja, bei einer Enthaltung, genehmigt.

— Margrith Widmer —

Marc Wäspi (PU, Herisau) informierte im Namen der Kommission Bau und Volkswirtschaft (KBV): Der Bund beteilige sich mit 35 Prozent. Das ermögliche ein Projekt mit enormem Entwicklungspotenzial. Die Gesamtkosten belaufen sich auf knapp 41 Millionen Franken. 50 Prozent finanziert der Kanton, 50 Prozent die Gemeinden. Das hätten Einige als «sehr speziell» empfunden.

Grösster Brocken

Landammann Dölf Biasotto sagte, Bahnhofplatz und Bushof Herisau würden den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Dank dem geplanten Lift und der Passerelle würden zahlreiche

Ziele ans Bahnhofareal angeschlossen. «Wohnen und arbeiten im Bahnhofareal Herisau» sei die Devise. Die Gemeinde trage mit 18 Millionen Franken den grössten Brocken. Oliver Schmid (FDP, Teufen) sagte namens der Kommission Finanzen, die Kommission habe die Beteiligung der Gemeinden zwar als «speziell» empfunden. Aber: Es gebe eine gesetzliche Grundlage. Urs Alder (FDP, Teufen) stellte fest, die FDP-Fraktion stehe dem Projekt positiv gegenüber. Die Diskussion habe sich in der Fraktion um den Kantonsbeitrag und den Verteilschlüssel für die Gemeinden gedreht. Die Verteilung sei allerdings schlüssig. Die FDP-Fraktion sei einstimmig für die Vorlage.

Wichtig für den ganzen Kanton

Karin Steffen (PU, Reute) stellte fest, die Vorlage sei für den ganzen Kanton wichtig. Stossend sei das Vorgehen des Kantons im Fall Rheineck-Walzenhausen,

vor allem für jene Gemeinden, die nicht zu den Zentrumsgemeinden gehörten. Jens Weber (SP, Trogen) sagte, die SP-Fraktion stimme dem Kantonsbeitrag zu. Mit dem Vorhaben werde das Portal Herisau attraktiver. Der Busbahnhof Herisau erleichtere das Umsteigen beträchtlich. Nur wenn ständig in den öffentlichen Raum investiert werde, steigere man die Lebensqualität. Namens der SVP-Fraktion kündigte Christian Oertle (SVP, Herisau) an, die SVP-Fraktion sei ebenfalls dafür. Balz Ruprecht (Die Mitte/EVP, Herisau) sagte im Namen seiner Fraktion, sie sei ebenfalls für Eintreten. Landammann Dölf Biasotto erwähnte, falls es Mehrkosten gebe, sei die Gemeinde Herisau «im Risiko allein». Mit 850000 Franken an die Gemeinde Herisau werde die Güterstrasse saniert, informierte Landammann Dölf Biasotto. Mit knapp zwei Millionen Franken finanziere der Kanton den Teil Güterstrasse Ost.



Aus dem Bahnhofareal Herisau wird ein öV-Zentrum. Die Finanzierung ist ein grosser «Brocken» für den Kanton und die Gemeinden.

Parlamentarische Initiative der Ausserrhoder Parteionabhängigen

Immer noch kein Gesetz über die Ombudsstelle

Ein Novum im Ausserrhoder Kantonsrat: Erstmals ist eine parlamentarische Initiative nach dem neuen Kantonsratsreglement behandelt worden. Die Parteionabhängigen (PU) legten ein Gesetz für eine Ombudsstelle vor. Der Rat verweigerte die Erheblichkeitserklärung mit 34 zu 27 Stimmen.

— Margrith Widmer —

Marc Wäspi (PU, Herisau) sagte, es sei keine Verfassungsgrundlage für ein neues Gesetz nötig. Es gebe keinen Grund, weiterhin zuzuwarten. Eine Ombudsstelle sei längst überfällig. Sie würde Gerichte und Verwaltung entlasten.

Regierung ist dagegen

Regierungsrat Hansueli Reutegger erklärte, es gehe um die Erheblichkeitserklärung. Für die Regierung sei eine Ombudsstelle in Ordnung; aber der Weg sei ungünstig. Die Legitimation sei nicht vorhanden. Es sei unklar, wie die Gemeinden eingebunden würden. In der neuen Verfassung sei eine Ombudsstelle vorgesehen. Der Regierungsrat habe entschieden die neue Verfassung voranzutreiben. Die Regierung war deshalb gegen die Erheblichkeitserklärung. Nicole Graf (FDP, Schönengrund) sagte, die Kommission Inneres und Sicherheit (KIS) sei der Ansicht, eine Ombudsstelle könne so oder so geschaffen

werden – ohne zuzuwarten. Bisher könne sich niemand an eine unabhängige Ombudsstelle wenden, sondern an den Landammann. Die KIS sprach sich für eine Erheblichkeitserklärung aus.

«Heikles» Vorgehen

Oliver Schmid (FDP, Teufen) von der Kommission Finanzen (KF) stellte fest, das vorgeschlagene Gesetz sei in Ordnung. Doch: In der Verfassung fehle die entsprechende Bestimmung. Das Vorgehen sei «heikel». Korrekt wäre eine Parlamentarische Initiative auf Verfassungsänderung gewesen. Die KF war darum gegen die Erheblichkeitserklärung der Initiative. Annegret Wigger (SP, Heiden) erklärte, aus Sicht der SP-Fraktion sei die Schaffung einer Ombudsstelle unbestritten. Die Initiative erfolge jedoch «... zur falschen Zeit», da jetzt die Schaffung der neuen Verfassung im Gang sei. Das Anliegen sollte im Zusammenhang mit der Verfassung diskutiert werden. Die Parlamentarische Initiative sei eher für die Änderung von Gesetzen gedacht, als für ganz neue Gesetze. Die SP lehne die Vorlage ab, auch wenn das Anliegen unbestritten sei.

«Kein Grund»

Urs Freund (SVP, Bühler) sprach sich namens seiner Fraktion gegen die Erheblichkeitserklärung aus.

Glen Aggeler (Die Mitte/EVP, Herisau) erklärte, seine Fraktion sei einstimmig für die Erheblichkeitserklärung. Nur weil die Verfassung jetzt im Entstehen sei, gebe es keinen Grund, dieses langjährige Anliegen jetzt zu verwirklichen. Das wäre auch rechtlich machbar. Markus Brönnimann (FDP, Herisau) erwähnte ebenfalls, es seien alle der Ansicht, es brauche eine Ombudsstelle. Und doch sei die FDP-Fraktion gegen die Erheblichkeitserklärung. Da die Ombudsstelle auch für die Gemeinden zuständig sein sollte, brauche es eine Verfassungsgrundlage. Ausgangspunkt für die Initiative sei eine Motion 2018 gewesen, die der Kantonsrat erheblich erklärt habe. Trotzdem: Die FDP-Fraktion sei gegen die Erheblichkeitserklärung. Peter Gut (PU, Walzenhausen) – dessen Ombudsstelle-Motion 2018 erheblich erklärt wurde – kritisierte die Langsamkeit der Regierung. Als Parlamentarische Initiative müsse das Anliegen in Gesetzesform vorgelegt werden. Der Rechtsdienst habe dem Vorgehen zugestimmt. Dass das jetzt angezweifelt werde, sei ein «Buebetrickli zweiter Klasse»: Dass das ganze Prozedere beim Rechtsdienst ein Jahr gedauert habe, wäre allein schon ein Anlass für die Schaffung einer Ombudsstelle. Judith Egger (SP, Speicher) sprach im Namen der Minderheit der Kommission Inneres und Sicherheit: Einig sei man

sich im Ärger über die langwierige Geschichte, und dass eine Ombudsstelle – und ebenso eine Verfassungsgrundlage – nötig seien. Verboten sei es nicht, ein Gesetz vor einer Verfassungsgrundlage zu schaffen. Für die Minderheit sei nicht einsehbar, warum der Gesetzgebungsprozess umgestülpt werden solle. Nicht ausreichend begründet sei, warum ein Anliegen aus der Totalrevision herausgebrochen worden solle. Eine Verzögerung könne entstehen, wenn die Gemeindepräsidentenkonferenz das Referendum ergreife. Sie ersuchte um Nicht-Erheblichkeitserklärung.

«Uferlose» Diskussion

Gabriela Wirth-Barben (PU, Speicher) gab zu bedenken, was wäre, wenn die Kantonsverfassung nicht angenommen würde. Sie wollte wissen, wie lange man rechne für die Schaffung einer Ombudsstelle, wenn die Verfassung abgelehnt würde. Alfred Wirz (PU, Urnäsch) sagte, die gesetzliche Arbeit könne auch parallel zur Verfassungsrevision laufen. Mathias Steinhauer (EVP, Herisau) gab zu bedenken, man könnte dies auch als Chance sehen. Man könnte die Zeit nutzen, die konkreten Themen der Gemeindepräsidentenkonferenz zu antizipieren. Patrick Kessler (FDP, Teufen) fragte den Rechtsdienst, ob es nicht so sei,

dass – wenn der Kantonsrat eine Initiative erheblich erkläre – man die Initiative «splitten» könnte. Regierungsrat Hansueli Reutegger knöpfte ans Votum von Judith Egger an: Wir sind alle der Meinung: «Es braucht die Ombudsstelle.» Es brauche einfach den entsprechenden Verfassungsartikel. Es wäre die völlig falsche Taktik, ohne Legitimation etwas auf den Weg zu schicken. Ratsschreiber Roger Nobs sagte zum Verfassungsverständnis: Es gebe keine «harte Grenze». Aber solche Sachen, wie eine Ombudsstelle, bräuchten eine Verfassungsgrundlage. Ein paralleler Gesetzesprozess sei möglich. Patrick Kessler fragte nach Fristen und ob es ausgeschlossen sei, dass die Verwaltung mitarbeite. Peter Gut (PU, Walzenhausen) antwortete, den Auftrag müsse das Parlament geben, die Ausarbeitung könne auch die Verwaltung übernehmen. «Wenn wir auf die Verfassung warten – können wir die Arbeit erst in fünf Jahren beginnen. Das kann es nicht sein.» Alfred Wirz (PU, Urnäsch) stellte den Ordnungsantrag, die Diskussion zu beenden; sie führe ins Uferlose. Der Antrag wurde mit 39 Ja zu 20 Nein und zwei Enthaltungen angenommen. Und der Rat erklärte die Parlamentarische Initiative schliesslich mit 34 Nein zu 27 Ja als nicht erheblich.

kulturell9055: Ein Nachmittag für das Spielen

Spieleralley fehlten die Teilnehmenden

Am Samstagnachmittag organisierten Ludothek, reformierte Kirchgemeinde, Elternforum und Spielplatzkommission vielfältige Posten quer durch Bühler. Leider war der Andrang sehr bescheiden.

(mo) Es braucht etwas Feingefühl und Erfahrung wenn man beim Croquet reüssieren will. Aber es macht schon beim ersten Mal Spass. Auf der Wiese der reformierten Kirche leiteten Lars Syring und Tochter Emma die Neugierige an: Man fasst den hammerförmigen Holzschläger mit dem zylindrischen Schlagkopf am besten mit beiden Hände und schlägt die Holzkugel – ähnlich wie beim Golfspiel, allerdings mit dosierter Kraft. Die Kugel muss ein Dutzend kleine Tore passieren, was einfacher aussieht als es ist – vor allem auf abschüssigem Gelände und in einer Wiese, die noch nie einen Greenkeeper gesehen hat. Zwei Spielende starten gleichzeitig an je einem Ende des Parcours. Wessen Kugel ein Tor durchrollt, darf nochmals schlagen, sonst kommt die andere Person an die Reihe. Wer



Croquet spielen ist einfach und macht Spass.

(Bilder: mo)

zuerst den Markierungsstecken hinter dem letzten Törchen erreicht, ist Sieger – und bekam am Samstagnachmittag zur Belohnung eine Schokoladenkugel. Das einfache Rasenspiel, das alle schnell lernen können und allen Spass macht, auch den Zusehenden, konn-

te man im Rahmen des kulturell9055-Versanstaltungsreigens lernen. Es war im 19. Jahrhundert beim französischen Mittelstand beliebt, stamme aber aus dem 16. und 17. Jahrhundert. In Meisterschaften werden von Teams mehrere Kugeln gespielt. Dann sind die Spiel-



Wegmarkierung zu Spielplätzen gemalt.

felder grösser als in Bühler und eben. Croquet war sogar schon olympische Disziplin. Aber bestimmt ohne den lauschigen Rahmen wie in Bühler: Würste wurden gebraten (und verzehrt) und Getränke, Süsses und Früchte serviert. Die anderen Spiele, die man am Sams-

tag hat ausprobieren können, sind (noch) nicht olympisch. Die Ludothek hat Brettspiele im Forum55 und Draussen-Spiele sowie Tischspiele beim Oberstufenschulhaus bereitgestellt, wo auch der klitzekleine Flohmarkt im Gang war. Es gab in diesem Jahr nur wenige Marktstände, aber durchaus Schnäppchen zu ergattern, wie die Schreibende weiss. «Das Wetter ist zu schön, es ist zuviel los», bedauerten die Organisatorinnen. Auch die Spielplatzkommission hatte kaum Unterstützung beim Markieren der Wege zu den intergenerativen Spielplätzen. So malten die Mitglieder und ihre Kinder selber mit selbst angefertigten Schablonen bunte Eichen auf den Boden. Beim Primarschulhaus wartete auch das Elternforum auf Mitkonstrukteure für die «Chügelibahn». Die Mitglieder hatten gehofft, dass man dabei mit Eltern von Klein- und Schulkindern ins Gespräch käme und vielleicht Neumitglieder gewänne. Alle Beteiligten der Angebote haben sich viel Mühe gegeben, doch leider fehlte das Publikum.